

## Grüne fordern mehr Geld gegen Rechts

**Magdeburg** (wb). Die Grünen haben von Sachsen-Anhalt ein stärkeres Engagement gegen den zunehmenden Rechtsextremismus gefordert und zugleich vor

einem „Förderchaos“ gewarnt. Monika Lazar, die Rechtsextremismus-Expertin der Grünen-Bundestagesfraktion, forderte die CDU/SPD-Landesregierung gestern auf, Gelder zur Mitfinanzierung von Bundesprogrammen gegen Rechts aufzustocken. Die Bundesprogramme erforderten eine wesentlich stärkere Mitfinanzierung der Länder als bisher.

Der Rechtsxtremismus-Fachmann der sachsen-anhaltischen Grünen, Sebastian Striegel, wies darauf hin, dass Sachsen-Anhalt zusammen mit Thüringen die geringsten Mittel für Initiativen gegen Rechts bereitstelle. Dabei geht es um Hilfen für mobile Beratungsteams, die Mitfinanzierung von Opferberatungsstellen und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Gemeinwesen.

Von 2001 bis 2005 wurden in Sachsen-Anhalt 179 Projekte mit einem Gesamtumfang von 4,8 Millionen Euro verwirklicht. In Sachsen wurden im gleichen Zeitraum 9 Millionen Euro für fast 350 Projekte ausgegeben. Gleichzeitig verzeichnete Sach-



Sebastian Striegel



Monika Lazar

sen-Anhalt zuletzt einen starken Anstieg rechtsextremistischer Straftaten. Der Bericht des Landesverfassungsschutzes weist für 2005 eine Zahl von 1100 derartigen

Straftaten (davon 107 Gewaltdelikte) aus, im Jahr zuvor waren es 741 (71 mit Gewalt). Im ersten Halbjahr 2006 setzte sich der deutliche Anstieg fort.

Die Grünen kritisieren, die frühere CDU/FDP-Landesregierung habe die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus stark gekürzt. Lob bekommt der neue Innenminister Hövelmann (SPD). Allerdings fehle ein abgestimmtes Konzept, um dem Rechtsextremismus zu begegnen. „Ohne ein Konzept wäre es populistisch, eine Million Euro auszugeben, wie es die PDS vorgeschlagen hat“, sagte Striegel. Monika Lazar wies darauf hin, dass die Kommunen sich stärker engagieren müssen, weil sie künftig Antragsteller seien, nicht mehr die Initiativen. Viele Städte und Gemeinden seien darauf nicht vorbereitet. Kommunen, die jetzt nicht Anträge stellten, würden keine Zuschüsse erhalten.

CDU-Landtagsfraktionschef Jürgen Scharf wies die Kritik zurück. Die Landesregierung setze sich sehr intensiv mit der Problematik auseinander.